

**Mai 2023**

---

Eine repräsentative Studie zur politischen Stimmung im  
Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT



# ARD-DeutschlandTREND

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

## Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung.....	4
Zuwanderung nach Deutschland: für jeden Zweiten überwiegen die Nachteile .....	5
Fachkräfte-Zuzug wird positiver gesehen als Geflüchteten-Zuwanderung .....	6
Fluchtgründe: Zuspruch für Aufnahme von Kriegsflüchtlingen, wenig Rückhalt für wirtschaftlich motivierte Zuwanderung .....	8
Kritik am Umgang der Politik mit der Zuwanderung .....	9
Zuspruch für Asylverfahren an den EU-Außengrenzen .....	11
Sympathien für private wie staatliche Seenotrettung von Geflüchteten .....	12
Sonntagsfrage: CDU vorn, Grüne und AfD gleichauf und knapp hinter der SPD .....	13
Regierungsarbeit: weiter deutliche Unzufriedenheit .....	15
Pistorius führt weiterhin Politikerliste an, Habeck weiter im Ansehenstief.....	16
Studieninformation.....	17

## Zusammenfassung

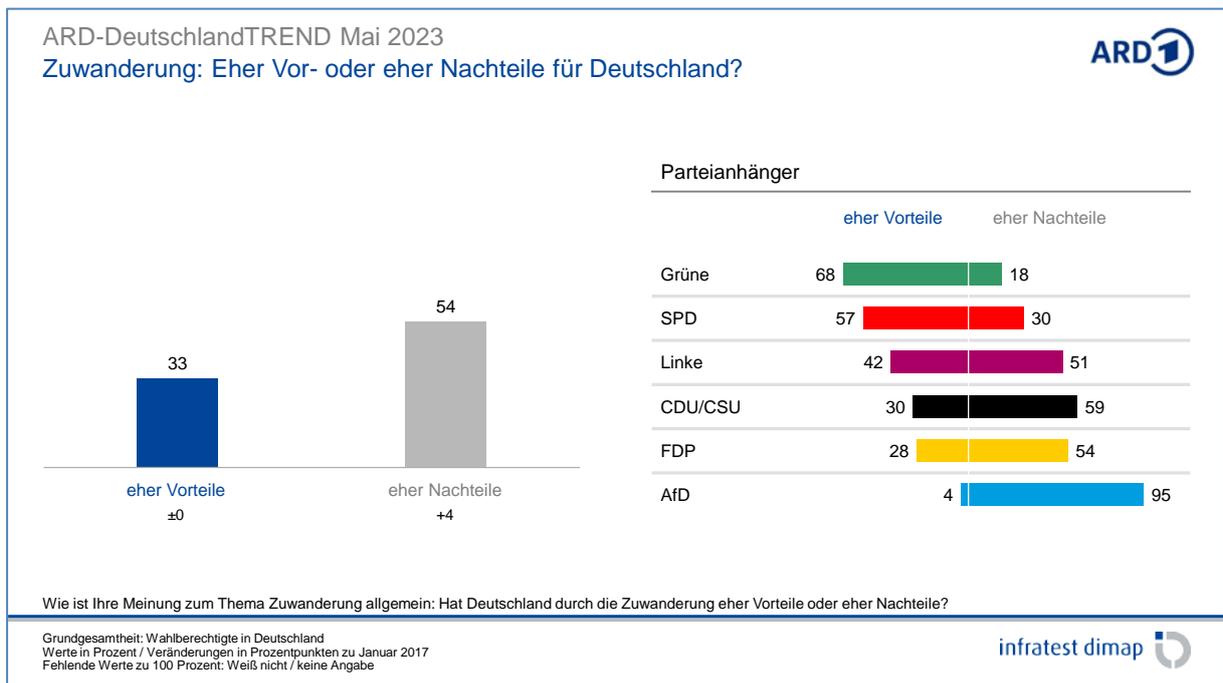
Angesichts steigender Geflüchteten-Zahlen ist für den 10. Mai ein Sondergipfel von Bundeskanzler und Ministerpräsidenten geplant. Die grundsätzliche Haltung der Bundesbürger zur Zuwanderung ist distanziert. Nach Ansicht von mehr als jedem Zweiten überwiegen für Deutschland bei der Zuwanderung die Nachteile, für ein Drittel dominieren die Vorteile. Ähnlich positionierten sich die Bundesbürger bereits 2017. Hinter der zurückhaltenden Gesamt-Bewertung der Zuwanderung verbirgt sich allerdings ein differenziertes Bild. So sprechen sich vier von zehn dafür aus, dass Deutschland mehr ausländische Fachkräfte anwirbt. Knapp drei von zehn wollen das derzeitige Niveau zumindest halten, während etwa ein Viertel den Fachkräfte-Zuzug verringern möchte. Deutlich anders fällt die Haltung zur Aufnahme von Geflüchteten aus. Dass Deutschland mehr Geflüchtete aufnimmt, befürwortet nicht einmal jeder Zehnte, ein Drittel unterstützt die Aufnahme im derzeitigen Umfang. Gut die Hälfte der Wahlberechtigten wünscht sich aber, dass weniger Geflüchtete aufgenommen werden. Trotz ihrer deutlichen Vorbehalte differenzieren die Bürger ihr Urteil wie in der Vergangenheit in Abhängigkeit von den Fluchtgründen. Die Aufnahme von Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlingen und Menschen, die vor Hungers- oder Naturkatastrophen fliehen, gilt nach wie vor einer Mehrheit als richtig, ebenso die Aufnahme von politisch bzw. religiös Verfolgten. Die Aufnahme von Menschen, die ihr Land in erster Linie aus wirtschaftlichen Motiven verlassen, stößt dagegen bei ihnen auch weiterhin auf deutliche Ablehnung.

Die alles in allem skeptische Bewertung der Geflüchteten-Zuwanderung erschwert es der Politik, die Bürger auf diesem Feld mehrheitlich von größeren Anstrengungen zu überzeugen. Für knapp vier von zehn tut die deutsche Politik für Versorgung und Unterbringung von Geflüchteten bereits genug. Drei von zehn gehen entsprechende Hilfen sogar zu weit. Für etwa ebenso viele tut die Politik bislang zu wenig für die hier aufgenommenen Geflüchteten. Zugleich bestehen große Zweifel am Problembewusstsein der Politik. So werfen derzeit wie 2014 gut drei Viertel der Wahlberechtigten den Parteien vor, sich zu wenig um die Probleme zu kümmern, die durch die Zuwanderung von Geflüchteten entstehen. Unter dem Strich ist auf dem Feld der Flüchtlings- und Einwanderungspolitik das Vertrauen in die Problemlösungsfähigkeit des Parteiensystems insgesamt rückläufig. Ein Drittel kann oder will derzeit keiner Partei entsprechende Kompetenzen zuweisen, deutlich mehr als zur letzten Bundestagswahl. 21 Prozent setzen am ehesten auf die Unionsparteien, 16 Prozent auf die SPD, 12 Prozent auf die AfD. Punkten könnte die Politik bei den Bürgern mit aktuellen Plänen zur Verlagerung der Asylverfahren an die EU-Außengrenzen. Für die große Mehrheit geht die Initiative der SPD-Innenministerin grundsätzlich in die richtige Richtung.

In der bundespolitischen Stimmung bleibt die CDU/CSU weiterhin mit großem Vorsprung vorn. Die CDU/CSU käme aktuell bei einem Wahlgang wie im Vormonat auf 30 Prozent. Die SPD hätte 17 Prozent (-1) in Aussicht und läge damit leicht schlechter als Anfang April. Auch die Grünen büßen Anteile ein (-1). Sie folgen wie die AfD (+1) mit 16 Prozent, für die AfD der beste Wert seit November 2018. Die FDP würde weiter 7 Prozent erzielen. Die Linke könnte mit 5 Prozent (+1) rechnen und damit etwas besser abschließen als vor einem Monat. Der CDU/CSU kommt in der bundespolitischen Stimmung weiterhin die Unzufriedenheit mit der Bundesregierung zugute. Weniger als drei von zehn bewerten die Berliner Regierungsarbeit zu Monatsbeginn positiv, zwei Drittel üben Kritik. Personell kann die CDU/CSU dagegen nach wie vor eher weniger punkten. Unions-Fraktionsvorsitzender Friedrich Merz verharrt im Bevölkerungsurteil im hinteren Mittelfeld. Angeführt wird die Politikerliste auch im Mai von Verteidigungsminister Pistorius. Größter Verlierer ist Grünen-Wirtschaftsminister Habeck. Er muss sich mit dem niedrigsten Zustimmungswert seit Übernahme des Berliner Ministeramtes zufriedengeben und fällt hinter FDP-Finanzminister Lindner zurück.

## Zuwanderung nach Deutschland: für jeden Zweiten überwiegen die Nachteile

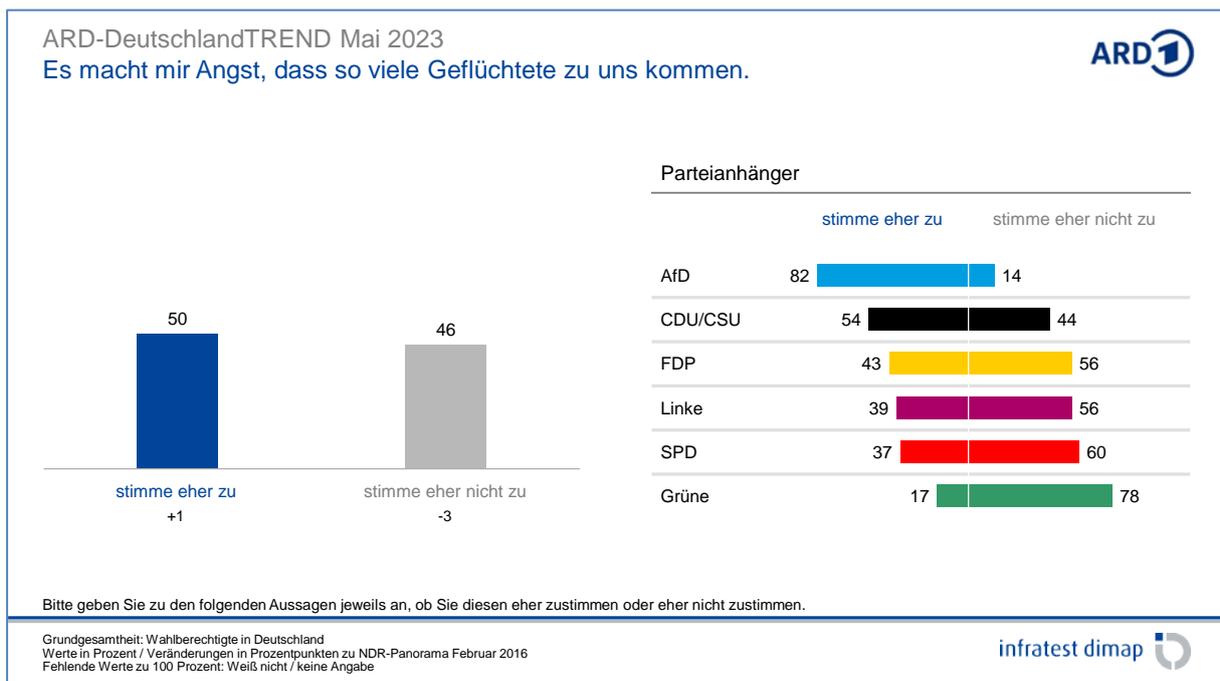
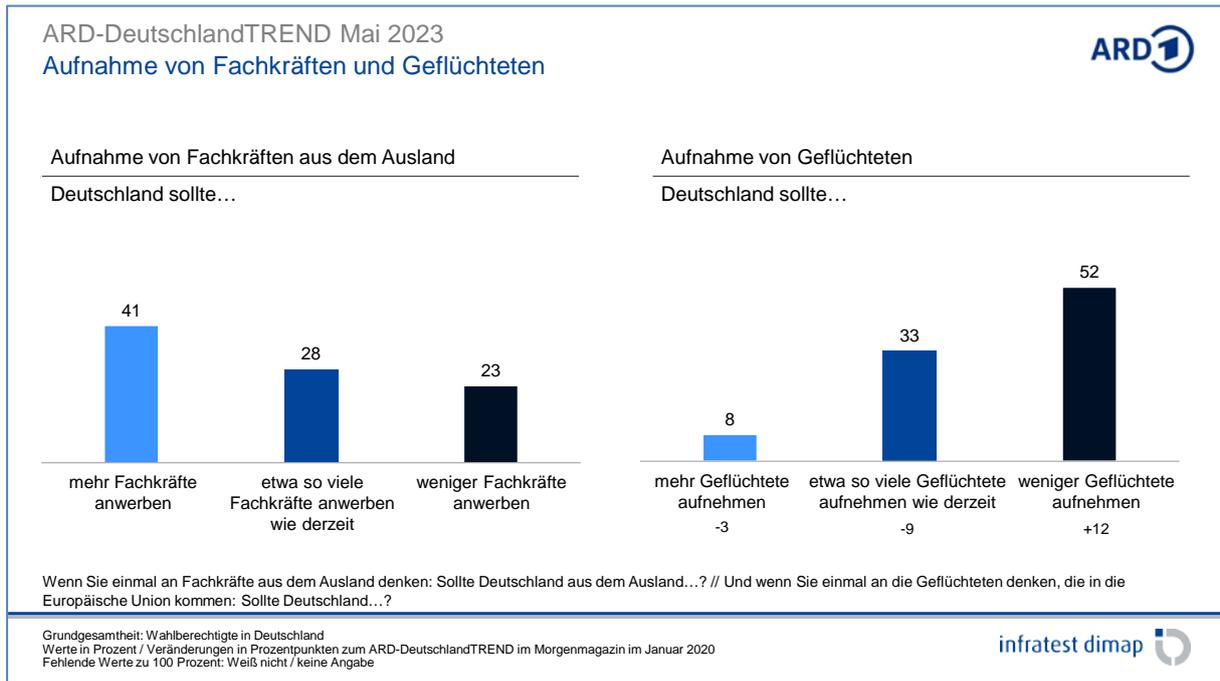
Angesichts steigender Geflüchteten-Zahlen ist für den 10. Mai ein Sondergipfel von Bundeskanzler und Ministerpräsidenten geplant. Die grundsätzliche Haltung der Bundesbürger zur Zuwanderung bleibt distanziert. Nach Ansicht von mehr als jedem Zweiten (54 Prozent) überwiegen für Deutschland bei der Zuwanderung die Nachteile, für ein Drittel (33 Prozent) dominieren die Vorteile. Ähnlich positionierten sich die Bundesbürger bereits 2017.



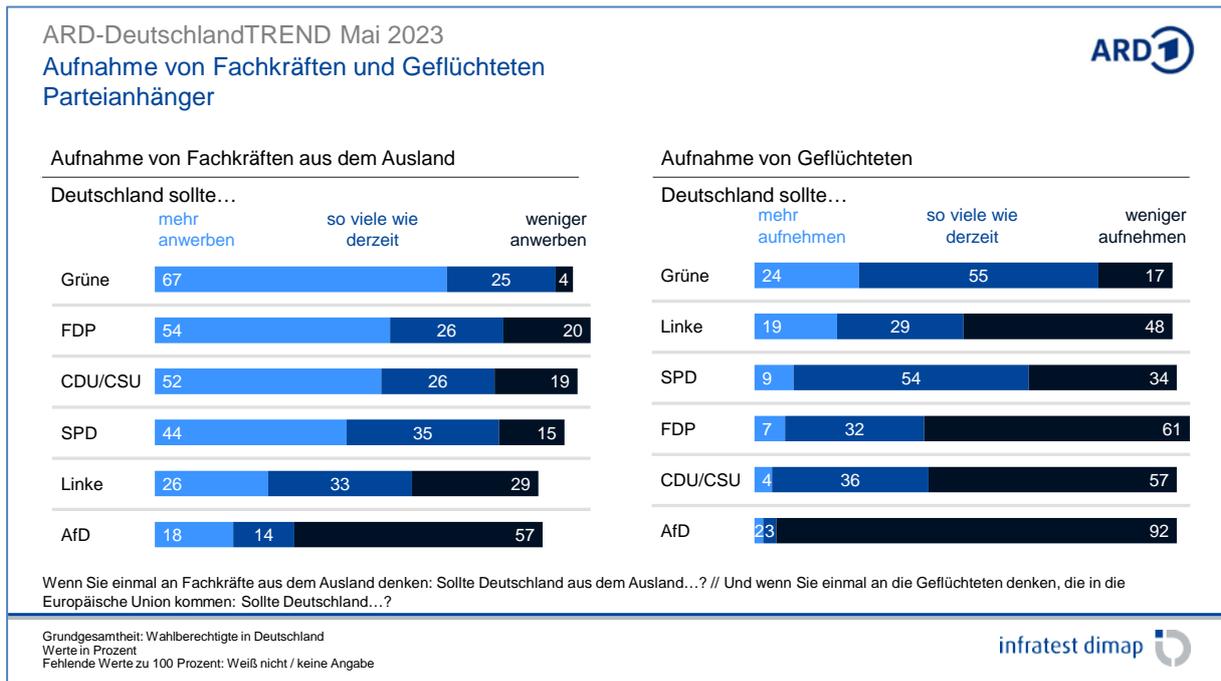
Ältere Wahlberechtigte äußern deutlich häufiger Vorbehalte zur Zuwanderung als jüngere, Ostdeutsche (24:63 Prozent) wiederum eher als Westdeutsche (35:52 Prozent). Unter den Parteianhängern ist die Skepsis in den AfD-Reihen erwartungsgemäß am größten (4:95 Prozent), sie überwiegt aber ebenso unter den Anhängern von Union (30:59 Prozent) und FDP (28:54 Prozent). Ihnen gegenüber stehen die Anhänger der Grünen (68:18 Prozent) und der SPD (57:30 Prozent). Sie verbinden mit der Zuwanderung mehrheitlich eher Vor- als Nachteile für Deutschland.

## Fachkräfte-Zuzug wird positiver gesehen als Geflüchteten-Zuwanderung

Hinter der zurückhaltenden Gesamt-Bewertung der Zuwanderung verbirgt sich allerdings ein durchaus differenziertes Bild. So sprechen sich vier von zehn Bundesbürgern (41 Prozent) dafür aus, dass Deutschland mehr Fachkräfte aus dem Ausland anwirbt. Knapp drei von zehn (28 Prozent) wollen das derzeitige Niveau zumindest halten, während etwa ein Viertel (23 Prozent) den bestehenden Fachkräfte-Zuzug verringern möchte.



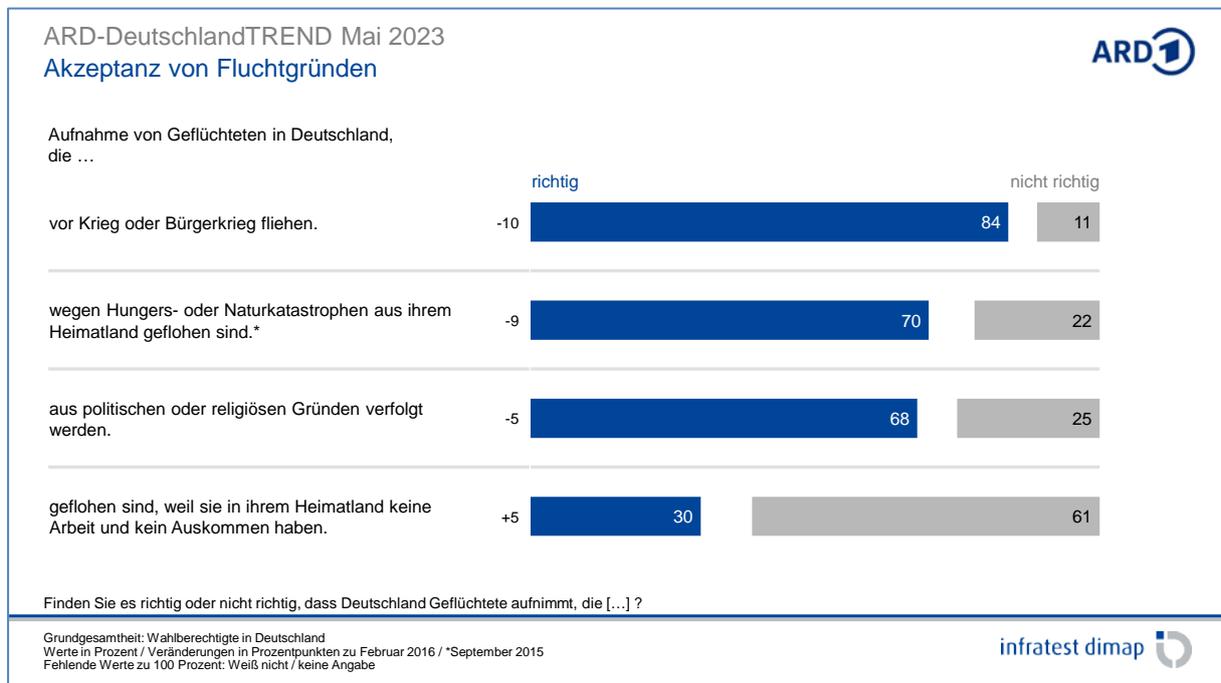
Deutlich anders fällt allerdings die Haltung zur Aufnahme von Geflüchteten aus. Dass Deutschland mehr Geflüchtete aufnimmt, befürwortet nicht einmal jeder Zehnte (8 Prozent), ein Drittel (33 Prozent) unterstützt die Aufnahme im derzeitigen Umfang. Gut die Hälfte der Wahlberechtigten (52 Prozent) wünscht sich stattdessen, dass die Bundesrepublik weniger Geflüchtete aufnimmt. Letzterem entspricht die von jedem Zweiten geäußerte Sorge (50 Prozent), dass zu viele Geflüchtete nach Deutschland kommen. Eine Sorge, die sich in den vergangenen Jahren nicht grundlegend geändert hat und in ähnlichem Ausmaß auch bereits 2016 bestand.



Für eine restriktivere Geflüchteten-Aufnahme spricht sich gegenwärtig nicht nur eine Mehrheit der AfD- (92 Prozent), sondern ebenso der Unions- (57 Prozent) und FDP-Anhänger (61 Prozent) aus. Auch die Hälfte der Linken-Anhänger (48 Prozent) äußert sich entsprechend. Am wenigsten Zuspruch findet ein Zurückfahren der Flüchtlingsaufnahme bei den Grünen (17 Prozent). Sie stehen zugleich einer intensiveren Anwerbung von Fachkräften mit Abstand am offensten gegenüber (67 Prozent), während sich auch hier die AfD-Anhänger am skeptischsten äußern.

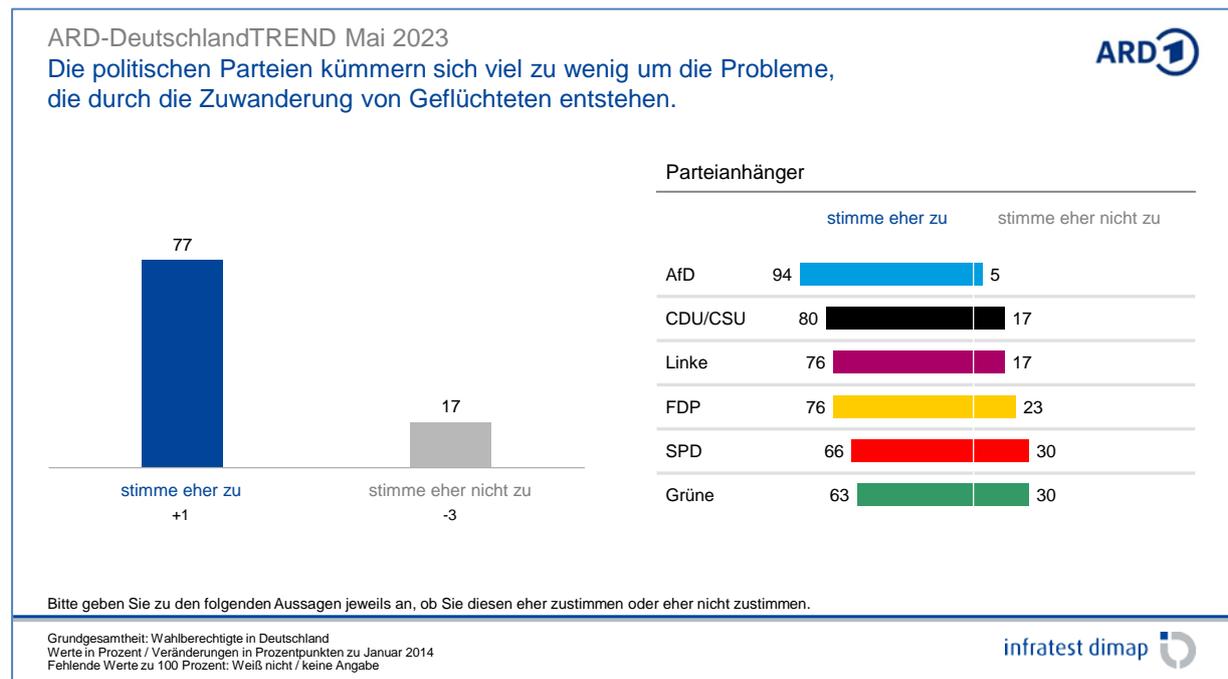
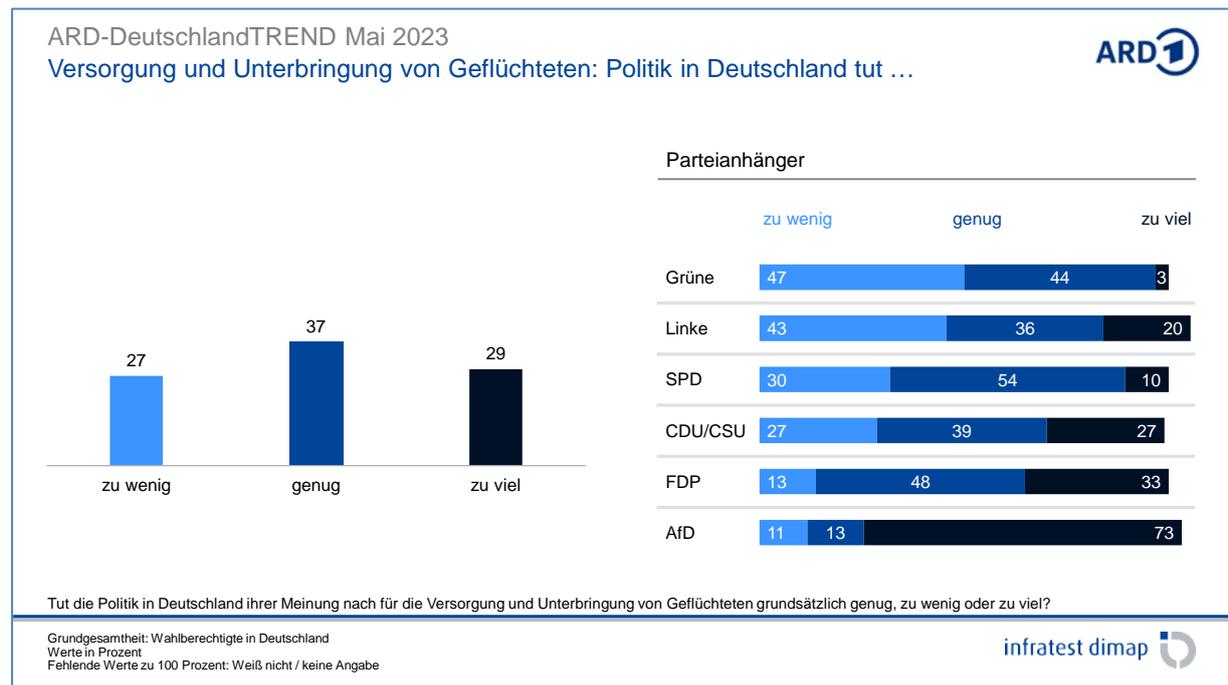
## Fluchtgründe: Zuspruch für Aufnahme von Kriegsflüchtlingen, wenig Rückhalt für wirtschaftlich motivierte Zuwanderung

Trotz ihrer deutlichen Vorbehalte differenzieren die Bürger ihr Urteil wie in der Vergangenheit in Abhängigkeit von den Fluchtgründen. Die Aufnahme von Kriegs- oder Bürgerkriegsflüchtlingen (84 Prozent) und Menschen, die vor Hungers- oder Naturkatastrophen fliehen (70 Prozent), gilt nach wie vor einer Mehrheit als richtig, ebenso die Aufnahme von politisch oder religiös Verfolgten (68 Prozent). Die Aufnahme von Menschen, die ihr eigenes Land in erster Linie aus wirtschaftlichen Motiven verlassen, stößt dagegen bei den Bundesbürgern weiterhin auf deutliche Ablehnung (30:61 Prozent). Die Akzeptanz der verschiedenen Fluchtgründe fällt insgesamt geringer aus als in den vergangenen Jahren. Entgegengesetzt hat sich lediglich die Haltung zur Wirtschaftsmigration entwickelt, ohne an der prinzipiellen Ablehnung etwas zu ändern.

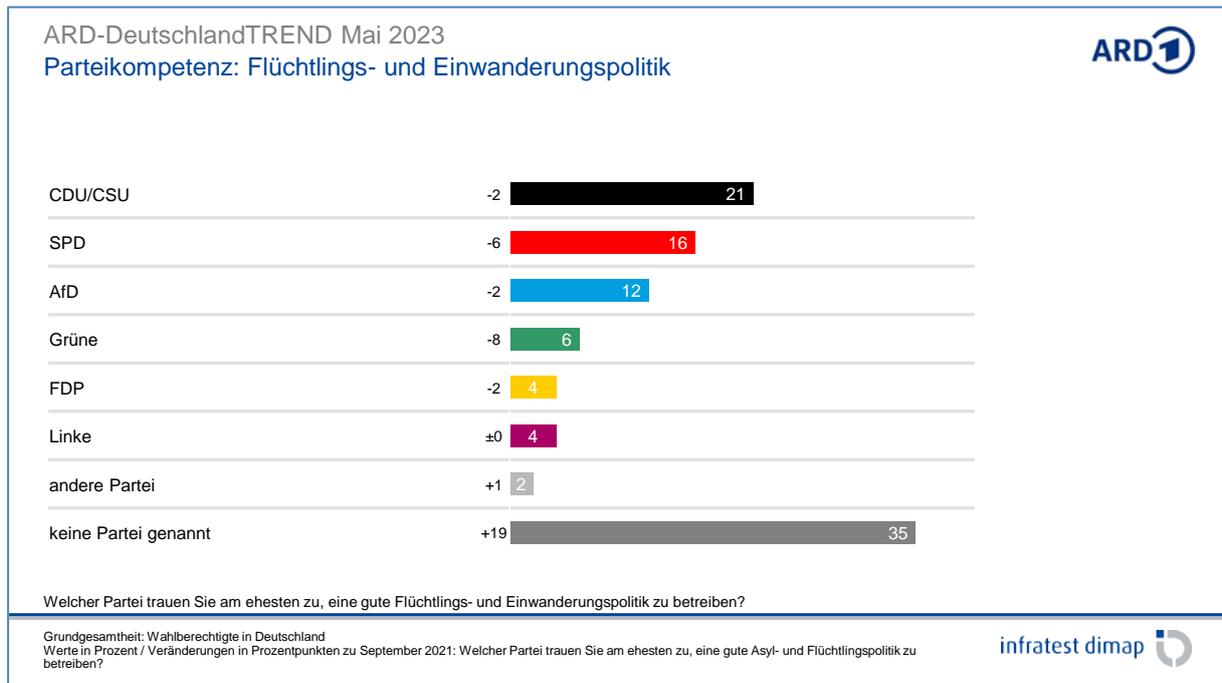


## Kritik am Umgang der Politik mit der Zuwanderung

Die alles in allem skeptische Bewertung der Geflüchteten Zuwanderung erschwert es der Politik, die Bürgerinnen und Bürger auf diesem Feld mehrheitlich von größeren Anstrengungen zu überzeugen. Für knapp vier von zehn (37 Prozent) tut die Politik für Versorgung und Unterbringung von nach Deutschland Geflüchteten bereits genug. Drei von zehn (29 Prozent) gehen entsprechende Hilfen in Deutschland sogar zu weit. Für etwa ebenso viele (27 Prozent) tut die Politik bislang zu wenig für die hier aufgenommenen Geflüchteten.



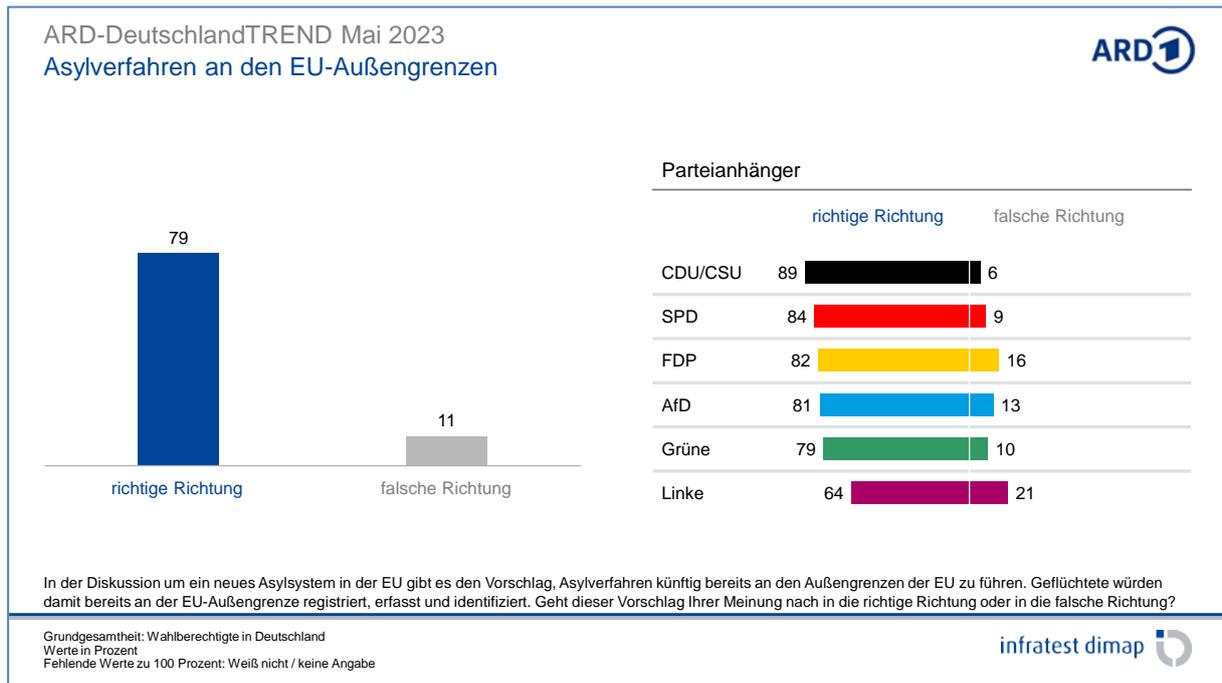
Zugleich bestehen große Zweifel am Problembewusstsein der Politik. So werfen gegenwärtig wie 2014 gut drei Viertel der Wahlberechtigten (77 Prozent; +1 zu Januar 2014) den Parteien vor, sich zu wenig um die Probleme zu kümmern, die durch die Zuwanderung von Geflüchteten entstehen. Ein Vorwurf, der mittlerweile auch in der Grünen-Anhängerschaft (63:30 Prozent) mehrheitlich erhoben wird.



Unter dem Strich ist auf dem Feld der Flüchtlings- und Einwanderungspolitik das Vertrauen in die Problemlösungsfähigkeit des Parteiensystems insgesamt rückläufig. 35 Prozent können oder wollen derzeit keiner Partei entsprechende Kompetenzen zuweisen, deutlich mehr als vor der letzten Bundestagswahl (+19). 21 Prozent setzen am ehesten auf die Unionsparteien, 16 Prozent auf die SPD, 12 Prozent auf die AfD. Damit wird allen Parteien in Zuwanderungsfragen weniger Sachvertrauen entgegengebracht als noch im September 2021, vor allem aber SPD (-6) und Grünen (-8).

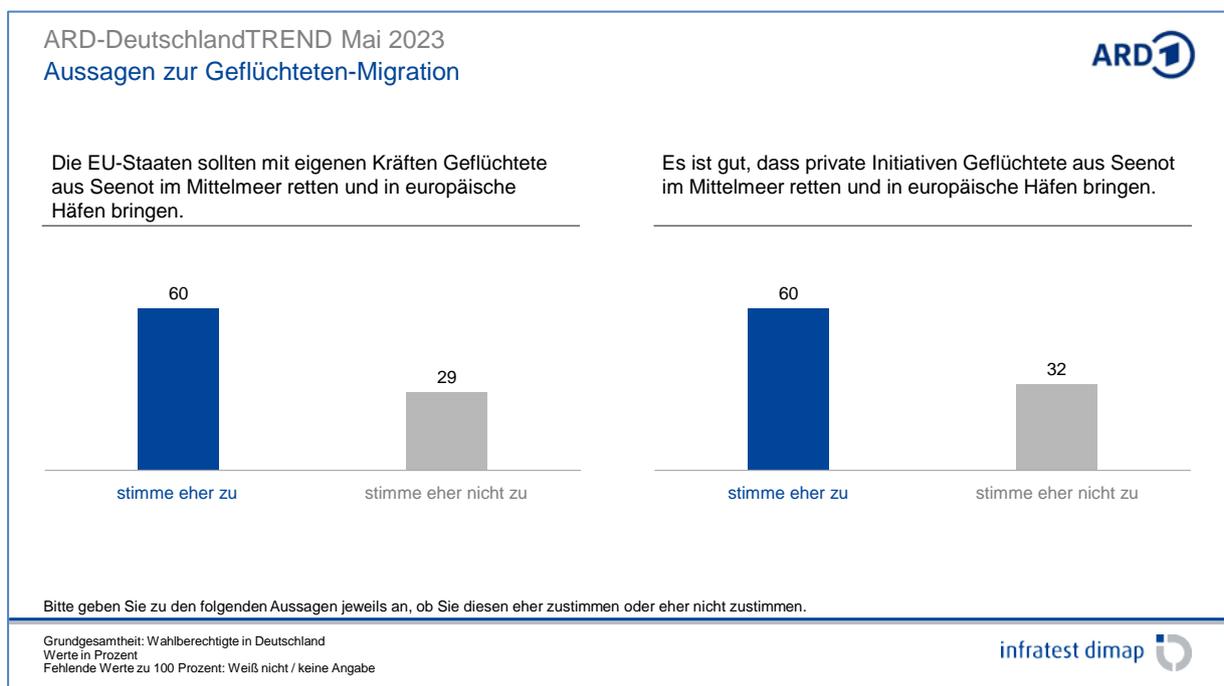
## Zuspruch für Asylverfahren an den EU-Außengrenzen

Punkten könnte die Politik bei den Bürgern mit aktuellen Plänen zur Verlagerung der Asylverfahren an die EU-Außengrenzen. Für die große Mehrzahl der Bundesbürger (79 Prozent) jedenfalls geht die Initiative der SPD-Innenministerin grundsätzlich in die richtige Richtung. Nur 11 Prozent lehnen sie ab.



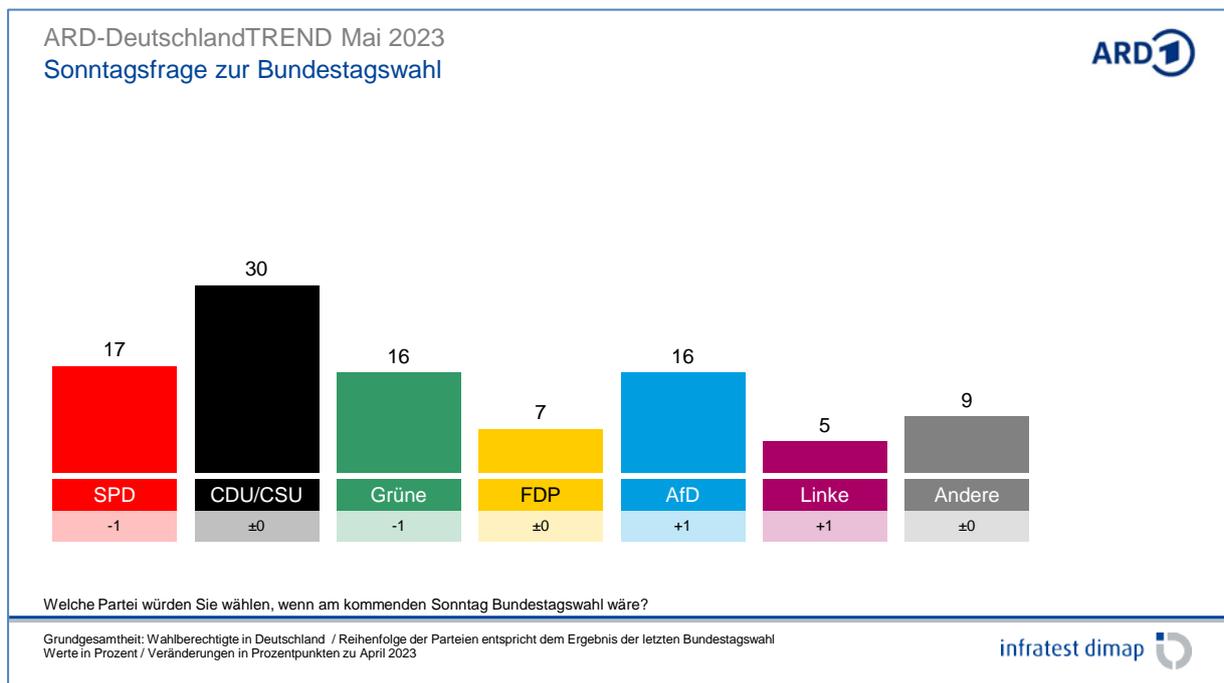
## Sympathien für private wie staatliche Seenotrettung von Geflüchteten

Trotz ihrer deutlichen Vorbehalte gegenüber der Flüchtlings-Aufnahme findet die Rettung von in Seenot geratenen Geflüchteten bei den Deutschen Sympathien. Sechs von zehn Wahlberechtigten (60 Prozent) finden es gut, dass im Mittelmeer private Initiativen Geflüchtete retten und in europäische Häfen bringen. Ebenso viele (60 Prozent) vertreten die Ansicht, dass darüber hinaus auch die EU-Staaten mit eigenen Kräften Geflüchtete retten und in europäische Häfen bringen sollten. Ablehnung kommt allein aus den Reihen der AfD, während insbesondere die Anhänger der Grünen einer privat wie staatlich organisierten Seenotrettung von Geflüchteten im Mittelmeer besonders positiv gegenüberstehen.



## Sonntagsfrage: CDU vorn, Grüne und AfD gleichauf und knapp hinter der SPD

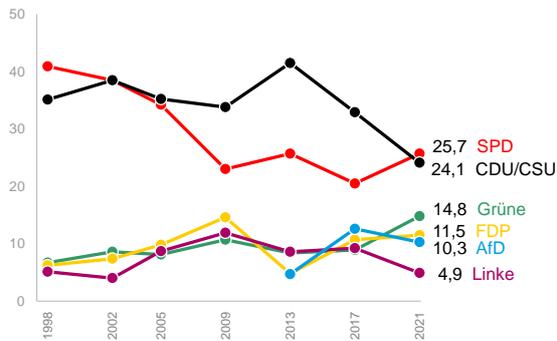
In der bundespolitischen Stimmung bleibt die CDU/CSU weiterhin mit großem Vorsprung vorn. Die CDU/CSU käme aktuell bei einem Wahlgang wie im Vormonat auf 30 Prozent. Die SPD hätte 17 Prozent (-1) in Aussicht und läge damit leicht schlechter als Anfang April. Auch die Grünen büßen Anteile ein (-1). Sie folgen wie die AfD (+1) mit 16 Prozent, für die AfD der beste Wert im ARD-DeutschlandTREND seit November 2018. Die FDP würde wie gehabt 7 Prozent erzielen. Die Linke könnte mit 5 Prozent (+1) rechnen und damit etwas besser abschließen als vor vier Wochen. Alle übrigen Parteien kämen zusammen auf 9 Prozent.



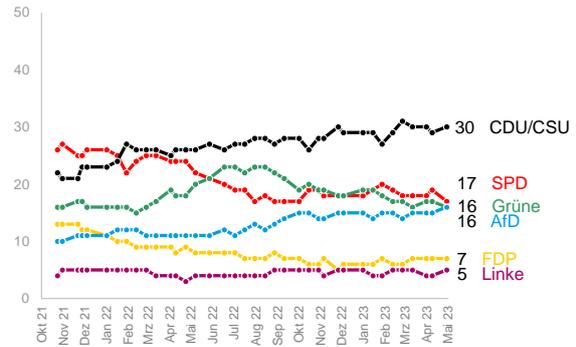
ARD-DeutschlandTREND Mai 2023  
Wahl- und Umfrageergebnisse Bundestagswahl  
Zeitverlauf



Wahlergebnisse seit 1998



Umfrageergebnisse seit Bundestagswahl 2021



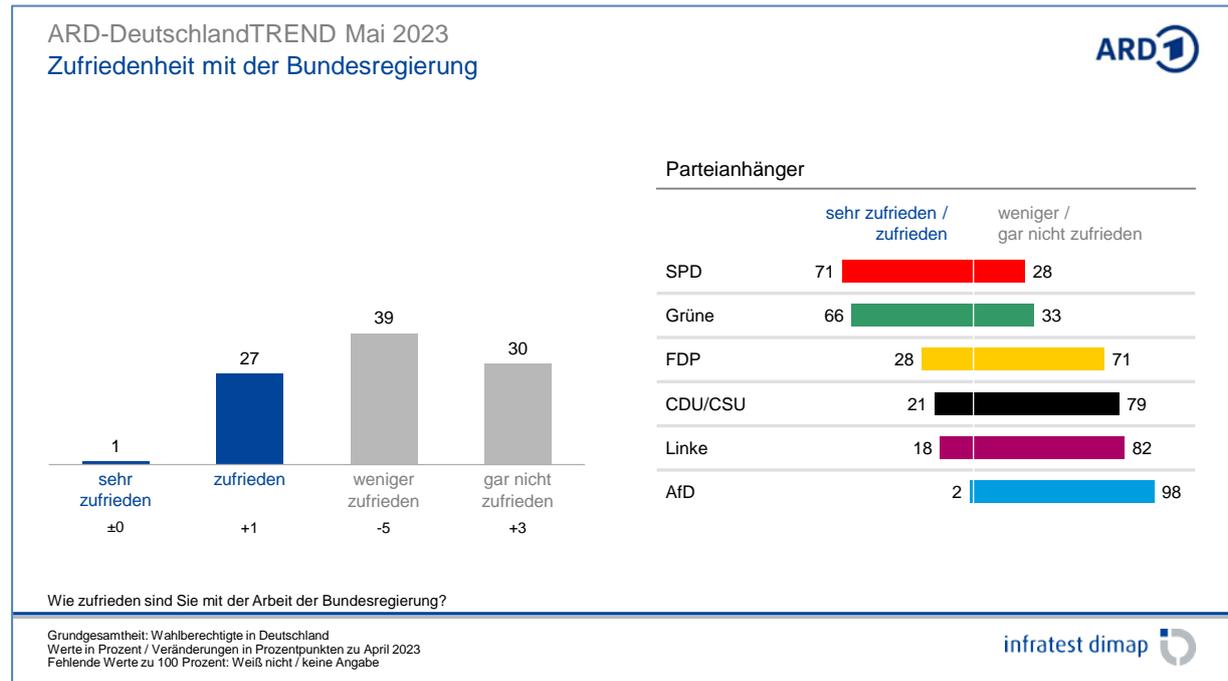
Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland  
Werte in Prozent

Die Sonntagsfrage zur Bundestagswahl misst aktuelle Parteipräferenzen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

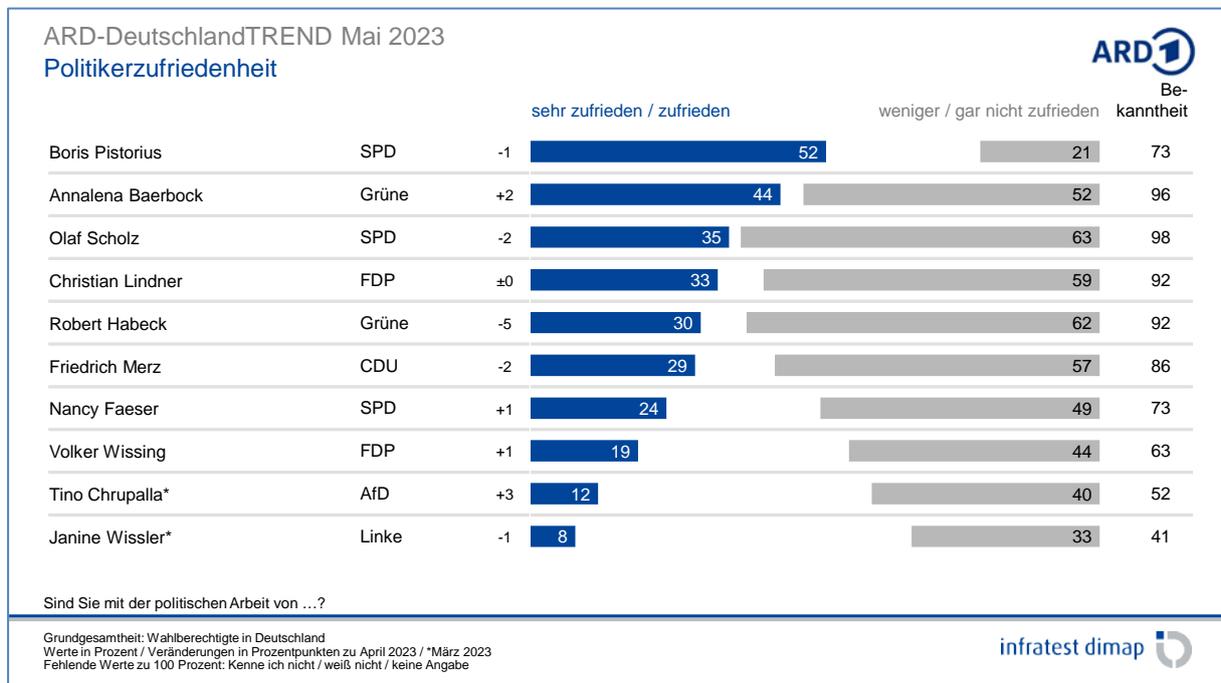
## Regierungsarbeit: weiter deutliche Unzufriedenheit

Der CDU/CSU kommt in der bundespolitischen Stimmung nach wie vor die Unzufriedenheit mit der Bundesregierung zugute. Weniger als drei von zehn (28 Prozent; +1) bewerten die Berliner Regierungsarbeit zu Monatsbeginn positiv, zwei Drittel (69 Prozent; -2) üben Kritik. Ihr Unbehagen gegenüber den Regierungsleistungen äußern weiterhin nicht nur die Anhänger der Opposition, sondern auch die der in Berlin mitregierenden Liberalen (28:71 Prozent).



## Pistorius führt weiterhin Politikerliste an, Habeck weiter im Ansehenstief

Personell kann die CDU/CSU dagegen weiterhin eher weniger punkten. Mit einem aktuellen Zuspruch von 29 Prozent (-2) verharrt Unions-Fraktionsvorsitzender Friedrich Merz im Urteil der Bundesbürger lediglich im hinteren Mittelfeld. Angeführt wird die Politikerliste auch im Mai von Verteidigungsminister Boris Pistorius (52 Prozent; -1), der als einziger abgefragter Politiker mehr Zustimmung als Ablehnung erfährt. Ihm folgt Grünen-Außenministerin Annalena Baerbock mit einem Zuspruch von 44 Prozent (+2). Mit der Arbeit von Kanzler Olaf Scholz ist ein gutes Drittel (35 Prozent; -2) zufrieden, FDP-Finanzminister Christian Lindner überzeugt etwa drei von zehn (33 Prozent, ±0). Grünen-Wirtschaftsminister Robert Habeck verliert auch im Mai erkennbar an Zuspruch. Er muss sich mit 30 Prozent (-5) mit dem niedrigsten Zustimmungswert seit Übernahme des Berliner Ministeramtes zufriedengeben.



Mit Innenministerin Nancy Faeser ist, kaum verändert zum Vormonat, jeder vierte Bundesbürger zufrieden (24 Prozent, +1). Verkehrsminister Volker Wissing überzeugt ähnlich wie im Vormonat 19 Prozent (+1). Auf den hinteren Plätzen im Bevölkerungsurteil rangieren AfD-Chef Tino Chrupalla (12 Prozent; +3 zu März) und Linken-Bundesvorsitzende Janine Wissler (8 Prozent; -1 zu März).

## ARD-DeutschlandTREND Mai 2023

Repräsentative Studie zur politischen Stimmung im Auftrag  
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

### Studieninformation

---

Redaktion WDR	Ellen Ehni / Florian Riesewieck	0221 220-1800
Betreuung infratest dimap	Roberto Heinrich	030 533 22-0
Grundgesamtheit	Wahlberechtigte in Deutschland	
Erhebungsmethode	Zufallsbasierte Telefon- und Online-Befragung	
Fallzahl	1.360 Befragte (811 Telefoninterviews und 549 Online-Interviews)	
Gewichtung	nach soziodemographischen Merkmalen und Rückerinne- rung Wahlverhalten Sonntagsfrage mit separater Gewichtung	
Erhebungszeitraum	02. bis 03. Mai 2023	
Schwankungsbreite	2 Prozentpunkte bei einem Anteilswert von 10 Prozent 3 Prozentpunkte bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut	infratest dimap	
Ansprechpartner infratest dimap	Reinhard Schlinkert	0228 32969-3
	Roberto Heinrich	030 533 22-0